

---

# Stenographisches Protokoll

16. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

**XVIII. Gesetzgebungsperiode**

**Donnerstag, 28. Feber 1991**

# Stenographisches Protokoll

## 16. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 28. Feber 1991

Inhalt	Anfragebeantwortungen
<b>Personalien</b>	
Verhinderungen (S. 1152)	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Ute Apfelbeck und Genossen (262/AB zu 255/J)
<b>Geschäftsbehandlung</b>	
Antrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz gelegenen Ursachen der im letzten Jahr aufgetretenen BCG-Impfzwischenfälle	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Pilz und Genossen (263/AB zu 279/J)
Bekanntgabe (S. 1153)	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Pilz und Genossen (264/AB zu 281/J)
Debatte: Dr. Madeleine Petrovic (S. 1153). Mag. Terezija Stoisits (S. 1154). Helmuth Stocker (S. 1155). Christine Heindl (S. 1155). Dr. Leiner (S. 1157). Dr. Pilz (S. 1157). Mag. Haupt (S. 1158) und Mag. Marijana Grandits (S. 1159)	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Frizberg und Genossen (265/AB zu 338/J)
Ablehnung (S. 1160)	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten DDr. Niederwieser und Genossen (266/AB zu 342/J)
<b>Ausschüsse</b>	
Zuweisungen (S. 1152)	des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Genossen (267/AB zu 263/J)
<b>Eingebracht wurden</b>	
<b>Bericht (S. 1152)</b>	des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Ute Apfelbeck und Genossen (268/AB zu 303/J)
III-23: Bericht über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Dritter Bericht): Bundesregierung	des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Müller und Genossen (269/AB zu 318/J)

## Beginn der Sitzung: 12 Uhr 22 Minuten

Vorsitzender: Präsident Dr. Lichal.

\*\*\*\*\*

Präsident Dr. Lichal: Die Sitzung ist eröffnet.

Verhindert sind die Abgeordneten Fischl, Ing. Murer, Scheucher, Kerschbaum, Wallner, Dietrich, Mag. Guggenberger, Ing. Dittrich, Dr. Gaigg, Dr. Pirker, Regina Heiß und Steinbauer.

### Einlauf und Zuweisungen

Präsident Dr. Lichal: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 262/AB bis 269/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

dem Gesundheitsausschuß:

Antrag 90/A (E) der Abgeordneten Anschöber und Genossen betreffend Atommüllendlager in Österreich,

Antrag 91/A (E) der Abgeordneten Edith Halter und Genossen betreffend kostendeckende Pflegegebührensätze zur Vermeidung finanzieller Nachteile bei internationalen Vereinbarungen;

dem Handelsausschuß:

Antrag 92/A (E) der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Genossen betreffend die Anerkennung des Bestandes des satzungsgemäßen Heimfallsrechtes und des Rechtes auf begünstigten Rückkauf an den Anlagen der Vorarlberger Illwerke AG zugunsten des Landes Vorarlberg;

dem Budgetausschuß:

Antrag 93/A der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dr. Ditz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Zuweisung von Anteilen aus dem Steueraufkommen im Jahre 1991;

dem Ausschuß für Arbeit und Soziales:

Antrag 94/A der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder, Eleonora Hostasch und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsruhegesetz und das Öffnungszeitengesetz geändert werden,

Antrag 96/A (E) der Abgeordneten Mag. Peter und Genossen betreffend Verankerung eines Zeitarbeiter-Modells im Ausländerbeschäftigungsgesetz,

Antrag 97/A der Abgeordneten Mag. Haupt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit

dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz hinsichtlich der Bestimmungen über Arbeitsunfälle geändert wird,

Antrag 99/A der Abgeordneten Eleonora Hostasch, Dr. Feurstein und Genossen betreffend Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1991;

dem Finanzausschuß:

Antrag 95/A der Abgeordneten Dr. Johann Bauer, Dr. Ditz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Präferenzzollgesetz neuerlich geändert wird;

dem Unterrichtsausschuß:

Antrag 98/A (E) der Abgeordneten Klara Motter und Genossen betreffend Restauratoren;

dem Hauptausschuß:

Antrag 100/A der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Genossen betreffend Durchführung einer Volksbefragung über die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern für Arbeiter und Angestellte und den Kammern der gewerblichen Wirtschaft.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Finanzausschuß:

Bundesgesetz über die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (58 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen (61 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Ausgabe von Bundeschatzscheinen (62 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz geändert wird (64 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Gesetzesantrag des Bundesrates betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (60 der Beilagen).

Den eingelangten

Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Dritter Bericht) (III-23 der Beilagen)

weise ich

**Präsident Dr. Lichal**

dem Handelsausschuß

zu.

**Antrag auf Einsetzung eines  
Untersuchungsausschusses**

Präsident Dr. Lichal: Nunmehr liegt mir ein Antrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen gemäß § 33 Abs. 1 der Geschäftsordnung vor, einen Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz gelegenen Ursachen der im letzten Jahr aufgetretenen BCG-Impfzwischenfälle einzusetzen.

Die Antragsteller haben die Durchführung einer Debatte verlangt.

**Debatte über Antrag auf Einsetzung eines  
Untersuchungsausschusses**

Präsident Dr. Lichal: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz gelegenen Ursachen der im letzten Jahr aufgetretenen BCG-Impfzwischenfälle.

Der Antrag, der in der vorigen Sitzung verlesen wurde, ist bekannt. (Siehe bitte S. 1041.)

Wir gehen daher jetzt in die Debatte ein.

Ich erkläre nochmals, daß die Redezeitbeschränkung im Sinne des § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung 5 Minuten beträgt.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Dr. Madeleine Petrovic. Ich erteile es ihr.

12.28

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Das Faktum, daß diese Impfung, diese Tuberkuloseimpfung nicht dem Zweck der Gesunderhaltung dient, weil die Risiken erheblich höher sind als der potentielle Nutzen, ist dem Gesundheitsministerium jedenfalls seit dem Jahr 1973 nachweislich bekannt.

In regelmäßigen Abständen wird im offiziellen Organ des Bundesministeriums hervorgehoben, daß der Impfschutz fraglich ist, daß Zwischenfälle relativ zahlreich sind, daß immer wieder Kinder zu Schaden gekommen sind und daß daher diese Praxis zu überdenken sei.

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre hat die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, ebenfalls ganz klar aufgezeigt: Es ist ein erheblich höheres Risiko, zu impfen, als das Risiko ist, zu erkranken.

Die Konsequenzen sind die gleichen. Das heißt, auch bei einem Impfzwischenfall lautet die mögliche Gefährdung oder der Schaden Eintritt einer Infektion mit Tuberkulose.

Spät aber doch hat der Oberste Sanitätsrat reagiert. Er hat Mitte 1989 empfohlen, diese Impfung nicht mehr generell zu verabreichen, sondern nur noch in speziellen Risikosituationen, in Risikofällen, die etwa in der Größenordnung von 10 Prozent der jährlich geborenen Kinder veranschlagt werden können.

Trotz dieser Empfehlung wurde — und hier setzt das Verschulden des Gesundheitsministeriums an — nachweislich generell weiter verabreicht. Der Minister hat es gewußt, denn der Impfstoff, der an sich — hätte man nur Risikofälle geimpft — für lange Zeit ausgereicht hätte, dieser erprobte und sichere Impfstoff, ist nach kürzester Zeit, nach drei Monaten, ausgegangen, und man mußte in einer Nacht-und-Nebel-Aktion umstellen. Nicht einmal dann — ein weiteres Verschulden des Ministeriums — wurde eine entsprechende Aufklärung gegeben, daß anders dosiert werden muß und daß vor allem größte Vorsicht, Beobachtung der geimpften Kinder, geboten wäre.

Nichts ist geschehen! Das System hat aus den Vorkommnissen, die es in den vergangenen Jahren im Bereich des Gesundheitswesens immer wieder gab, nichts gelernt. Dadurch sind kleine Kinder, Säuglinge zu Schaden gekommen. Mehr noch: Spätestens — auch da ist mir unklärlich, wieso es so lange dauern konnte — im November des vergangenen Jahres wußte der Minister definitiv, daß es zu mehreren Schadensfällen gekommen ist. Nicht einmal dann hat man die Eltern aufgefordert, mit ihrem Kind zu einer Routineuntersuchung zu kommen. Das heißt, es wurde sogar das einfachste Gebot, das primitivste Gebot einer Minimierung des Schadens, wenn schon etwas passiert ist, dramatisch verletzt.

Es ist so weit gekommen — wir haben mit sehr vielen betroffenen Eltern gesprochen —, daß ganz unterschiedliche Diagnosen gestellt wurden, daß die niedergelassenen Ärzte komplett überfordert waren. Man hat den Eltern erzählt, es handle sich um „rebellische“ Talgdrüsen et cetera, und man hat bewußt in Kauf genommen, daß ein erhöhtes Infektionsrisiko in den betroffenen Familien auftritt, da die Kinder ja noch Geschwister haben.

Dazu kommt in Teilen des Bundesgebietes ja noch geradezu Ungeheuerliches. In Tirol hat sich der dortige Sanitätsrat, wozu er an sich berechtigt ist, über diese Empfehlung des Obersten Sanitätsrates hinweggesetzt. Wissen Sie, wie die Begründung lautet, warum man in Tirol weiter das Durchimpfen empfohlen hat? — Es gebe sehr

**Dr. Madeleine Petrovic**

viele an offener Tbc erkrankte Zeitungskolporteur, darüber existiere eine Studie. Und von dieser Studie weiß das Gesundheitsministerium! Anstatt diesen Menschen, die zu einem langsamen und grausamen Tod verurteilt sind, wenn sie nicht behandelt werden, eine Behandlung zu ermöglichen, empfiehlt man eine risikoreiche Impfung. Und nicht einmal jetzt ist es von den Konsequenzen her klar, daß der Minister die Verpflichtung der Ärzte, die sie nach dem Arzneimittelgesetz haben, in Hinkunft mit Nachdruck einfordern wird, daß er darauf dringen wird. Der Minister hat lediglich erklärt, die Ärzte machen halt nicht, was er wolle, er könne sich nur an die Medien wenden.

Hinzu kommt, daß im Bereich der gesamten Überprüfung von Arzneimitteln eine völlig unkritische Haltung eingenommen wird. Es gibt auch andere Impfungen, die nicht ohne Nebenwirkungen sind. Zu einem generellen Boykott oder zu einer Panik gibt es dennoch keinen Grund. Das Ministerium selbst ist der Grund für Angst und Sorge, denn durch das Ministerium ist die Überwachung nicht mehr gewährleistet, ist jede Kontrolle außer Rand und Band geraten.

Es muß schonungslos aufgeklärt werden, sonst taumeln wir in den nächsten Skandal! Jeder und jede, der oder die sich gegen diesen Untersuchungsausschuß ausspricht, nimmt derartige Versäumnisse auch für die Zukunft wieder in Kauf!

Präsident Dr. Lichal: Frau Abgeordnete, bitte, Ihre Redezeit ist erschöpft.

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (*fortsetzend*): Ich bin im übrigen der Meinung, daß Tierversuche aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen auf Menschen und Mitwelt abzuschaffen sind. (*Beifall bei den Grünen.* — Abg. Kraft: Ihre Zeit ist um! — Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Wir hätten mehr Zeit gespart, wenn von vornherein korrekt vorgegangen worden wäre!) 12.35

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits. Ich erteile es ihr.

12.35

Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits (Grüne): Poštovane dame i gospodo! Dieses Thema ist ein viel zu ernstes, um darüber Scherze oder Witze oder sonst irgend etwas zu machen (*Abg. Marizzi: Bitte, wer hat Scherze oder Witze gemacht? Konkretisieren Sie das bitte!*), denn hier hat sich das Gesundheitsministerium zuschulden kommen lassen, etwas nicht getan zu haben, was seit Jahren und Jahrzehnten von der WHO empfohlen wird, nämlich einen Impfstoff, der als bekannt gefährlich gilt, zu kontrollieren.

Die geimpften Patienten in Österreich, die Kinder, die Neugeborenen, die in der ersten Lebenswoche geimpft werden, müssen quartalsmäßig gemeldet werden, und die Impfähzte legen die Belege für die Abrechnung des Impfstoffes, den sie bezogen haben, vor. Das ist deshalb so wichtig, weil es beweist, wie einfach es gewesen wäre, in dem Moment, in dem dieser ungeheuerliche Skandal bekanntgeworden ist, eine Schadensbegrenzung seitens des Ministeriums vorzunehmen.

Genau das ist aber nicht geschehen. Es wäre einfach gewesen, zu dem Zeitpunkt alle im fraglichen Zeitraum geborenen Kinder beziehungsweise deren Eltern anzuschreiben und sie auf diese Tatsache hinzuweisen. Man hätte sofort eruieren können, wie groß der betroffene Kreis ist. Es wäre nicht dazu gekommen, daß sich bis heute Eltern melden, deren Kinder monatelang wegen verstopfter Talgdrüsen behandelt worden sind.

Sie sehen, das Gesundheitsministerium ist hier seiner Verpflichtung, Vorsorge dafür zu treffen, daß der Schaden, der entstanden ist, möglichst begrenzt wird, absolut nicht nachgekommen.

Die Bezirksverwaltungsbehörden, in diesem Fall die Bezirkshauptmannschaften, hätten die Meldungen durchsehen können. Da wäre den Bezirkshauptmannschaften sofort aufgefallen, daß es zu einer Häufung von Komplikationen nach solchen Impfungen gekommen ist.

All das ist absolut nicht passiert! Es ist auch das nicht gemacht worden — das müßte dem Gesundheitsministerium auch bekannt sein —, was die WHO für solche Fälle empfiehlt — da geht es nicht nur um diese Impfschäden, sondern auch um andere Fälle —, nämlich sich sofort aktiv auf die Suche nach Betroffenen zu machen, um damit noch höhere Komplikationsquoten zu verhindern.

Bis heute gibt es Betroffene, die nichts davon wissen. Die Patientenbeschwerden, die tatsächlich im Laufe der Zeit gekommen sind, sind zum großen Teil absolut nicht ernst genommen worden. Die Eltern kennen die Gesetze nicht so gut, und die Eltern können auch nicht wissen, daß im Arzneimittelgesetz eine Pflicht für die Meldung von Nebenwirkungen von Medikamenten festgelegt ist. Die Ärzte haben diese Verpflichtung! Aber all das ist nicht passiert.

Das Gesundheitsministerium hat nicht einmal Takt und Anstand genug bewiesen, den betroffenen Kindern und Eltern in einer Zeit, in der es noch möglich gewesen wäre, Schadenersatz und Schadensbegrenzung anzubieten. — Danke. (*Beifall bei den Grünen.*) 12.39

**Präsident Dr. Lichal**

Präsident Dr. **Lichal**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Helmuth Stocker. Ich erteile es ihm.

12.39

Abgeordneter Helmuth **Stocker** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich bin meinen beiden Vorrednerinnen dankbar, daß sie in ihren Wortmeldungen gezeigt haben, in welche Richtung ihr Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zielt. Frau Kollegin Abgeordnete Dr. Petrovic hat von „Verschulden“ gesprochen. Meine Frage dazu: Wozu dann einen Untersuchungsausschuß, wenn das Urteil bereits gefällt ist?

Frau Abgeordnete Petrovic brandmarkt jeden, der sich gegen die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses ausspricht, indem sie ihm vorwirft, er nehme damit weitere Versäumnisse in Kauf. Und die Frau Abgeordnete Stoisits sagt hier, das Thema sei viel zu ernst — da hat sie recht —, aber des weiteren behauptet sie, das Thema sei viel zu ernst, um Scherze oder Witze darüber zu reißen. Kein Mensch hier in diesem Haus — ich habe sehr aufmerksam zugehört — hat darüber Witze gerissen, und ich kann mir auch nicht vorstellen, daß es irgend jemandem einfallen könnte, zu diesem Thema Witze zu reißen. (*Abg. Mag. Marijana Grandits: O doch!*) Sie sind, befragt von Abgeordneten Marizzi, die Antwort darauf schuldig geblieben, Frau Abgeordnete!

Ich meine, dieses Thema ist viel zu ernst, um ein Politspektakel daraus zu machen! (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion dieses Hauses wird der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht zustimmen, und ich werde Ihnen unsere sachlichen Motive, die dafür maßgebend sind, hier kurz erläutern.

Der Herr Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz hat nach Bekanntwerden der Impfwiszenfälle nach Tuberkuloseschutzimpfungen kürzlich beim Ministerat darüber berichtet, auch über das Ausmaß der Komplikationen, die dabei aufgetreten sind, wobei die Komplikationen im wesentlichen in Lymphknotenschwellungen und Lymphknoteneinschmelzungen bestanden haben. Zum Teil mußten dabei operative Eingriffe vorgenommen werden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen kann davon ausgegangen werden, daß die Zahl dieser Zwischenfälle in einer Größenordnung von etwa 300 liegt.

Grundsätzlich — und das muß auch an dieser Stelle festgehalten werden — muß zwischen zwei Vorfallsgruppen unterschieden werden: Die erste Gruppe leidet an den von mir bereits beschriebe-

nen Nebenwirkungen nach der Verabreichung eines Impfstoffes für Schutzimpfungen. Bei der zweiten, erst am 15. Februar dieses Jahres bekanntgewordenen Vorfallsgruppe wurde irrtümlich ein Arzneimittel injiziert, das nicht für Schutzimpfungen, sondern zur Behandlung bestimmter Krebserkrankungen bestimmt ist.

Meine Damen und Herren! Nun die Konsequenzen daraus, und das halte ich für die wesentliche Maßnahme: Zur Klärung allfälliger strafrechtlicher Verantwortungen wurden hinsichtlich beider Vorfallsgruppen sowohl Sachverhaltsdarstellungen gegeben als auch Anzeigen an die Staatsanwaltschaft erstattet. Überdies ist auch eine Prüfung dieser Vorfälle durch die Volksanwaltschaft eingeleitet worden. Ich meine, geschätzte Damen und Herren, daß damit das Gesetz des Handelns nun bei den richtigen Institutionen liegt und daß im Zuge dieser Prüfungen vermutlich auch die Haftungsfrage einer näheren Klärung zugeführt werden wird.

Hohes Haus! Ich sehe daher keinen Anlaßfall für die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, wobei die Begleitmusik in der dieser soeben vorangegangenen Sitzung über angeblich abgegebene oder nicht abgegebene Wortmeldungen bedauerlicherweise darauf schließen läßt, daß mit diesem Untersuchungsausschuß ein Politspektakel der Grünen beabsichtigt ist. (*Zwischenruf der Abg. Mag. Marijana Grandits.*)

Ich meine, daß die dafür vorgesehenen Institutionen rückhaltlos, Frau Abgeordnete, die Aufklärung vornehmen werden, und ich vertraue den vom Gesetz her dafür geschaffenen Einrichtungen.

Ich meine daher, daß die politische Diskussion, meine Damen und Herren von der grünen Fraktion, bereits in wenigen Wochen nach Vorliegen einer Regierungsvorlage zum Impfschadengesetz sowohl im dafür zuständigen Gesundheitsausschuß als auch dann hier im Haus geführt werden soll, insbesondere auch zu den Fragen, warum den Empfehlungen des Obersten Sanitätsrates nicht Rechnung getragen wurde beziehungsweise warum die den Ärzten vorgeschriebenen Impfmeldungen so lax behandelt beziehungsweise diese zum Teil überhaupt nicht erstattet worden sind. Diese Diskussion wird hier im Hause zu führen sein. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 12.45

Präsident Dr. **Lichal**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Christine Heindl. Ich erteile es ihr.

12.45

Abgeordnete Christine **Heindl** (Grüne): Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wäre ein wohlfeiler Verlust gewesen, wenn wir diesen Skandal,

**Christine Heindl**

der bei den Impfungen passiert ist, hier in Österreich nicht hätten, wenn wir diesen momentanen skandalösen Zustand in diesem Haus nicht hätten. Es ist ein Skandal, daß wir, wo wir wissen, daß viele Kinder schwer erkrankt sind, heute hergehen und sagen, es ist nicht notwendig, betreffend die Impfschäden einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, also sagen, es ist nicht notwendig, hier zu schauen, was passiert ist, es ist nicht notwendig, solche Dinge in Zukunft zu verhindern.

Es ist, glaube ich, unbedingt notwendig, daß wir endlich ernsthaft an die Sache herangehen und sagen: Dieser Skandal gibt uns jetzt die Chance, das alles mit einem Untersuchungsausschuß zu stoppen. *(Abg. Helmuth Stocker: Sie stellen unrichtige Behauptungen auf! Kein Mensch hat gesagt, daß daraus keine Konsequenzen gezogen werden!)*

Welche Konsequenzen werden gezogen, wenn Sie sagen, Sie vertrauen weiter, obwohl zum Beispiel die Meldepflichten nicht kontrolliert worden sind, Sie vertrauen weiter, obwohl das Gesundheitsministerium leider um 18 Uhr abends — ich habe die Uhrzeit überprüft, um 17 Uhr 40 — an die APA Meldungen hinausgibt, die niemanden erreichen, wodurch Eltern nur verunsichert werden? *(Abg. Helmuth Stocker: Das sind boshafte Unterstellungen, Frau Kollegin! Passen Sie besser auf!)*

Das ist keine boshafte Unterstellung, sondern leider eine Tatsache. Die Eltern werden alleingelassen, die Eltern werden heute in Verantwortung genommen. Es heißt: Bitte impft doch eure Kinder weiter! Wo ist, bitte, die verpflichtende Information der Eltern gewesen? Wir hätten sehr viele Probleme mit dieser Impfung nicht mehr, weil sie nicht mehr notwendig war. Aber wir haben weiter drauflosgeimpft. Es wurden die Eltern nicht informiert. Und das passiert leider bei allen Impfungen, nicht nur bei dieser Tbc-Impfung.

Wir haben zwar eine wunderschöne Broschüre von Herrn Minister Ettl, in der steht, daß eine ärztliche Behandlung nur mit Zustimmung der Patienten möglich ist. Wir wissen, daß die Judikatur Zustimmung so auslegt: auf Basis der entsprechenden Informationen. Wir Eltern haben jedoch keine Information über diese Impfungen bekommen! Ich weiß das ganz genau, denn auch mein Kind ist genau zu dieser Zeit zur Welt gekommen. Ich hatte keine Informationen darüber. Auf die Nachfrage „Wozu muß ich denn unterschreiben?“ bekam ich zur Antwort: Na, wenn Sie Bedenken haben, dann impfen wir eben nicht. — So einfach geht das!

Nur leider haben die Eltern nicht nachgefragt, sondern sie haben — so wie Sie sagen, Herr Stocker — großes Vertrauen, und dieses große Ver-

trauen hat dazu geführt, daß weiter geimpft wird, obwohl die negativen Auswirkungen dieser Impfung wesentlich größer sind als die positiven. *(Abg. Helmuth Stocker: Ich habe gesagt, Vertrauen in Informationen, die aufzuklären haben!)* Das heißt, man müßte die Impfungen komplett untersuchen und schauen, welche tatsächlich notwendig sind. Man müßte also ganz kritisch untersuchen, die Eltern in einer klaren und deutlichen Sprache darüber informieren und erst dann Impfungen durchführen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der Skandal, den wir jetzt haben, bietet uns die Möglichkeit, über dieses grundlegende Problem nachzudenken, neue Wege zu finden. Er sollte dazu dienen, nicht nur wunderbare, leicht verständliche Broschüren — das ist einmal eine leicht verständliche Broschüre — herauszugeben, diese aber dann, obwohl sie für jeden Laien und jeden Patienten so leicht verständlich sind, nicht in die Praxis umzusetzen. Wir haben jetzt, wenn wir diesen Untersuchungsausschuß einsetzen, die Chance, zu schauen und festzuschreiben, wo all die Fehler passiert sind, wieso die Eltern nicht informiert wurden, wieso bei diesem Skandal die Behörden nicht tätig wurden, obwohl eigentlich bei den Bezirksverwaltungsbehörden über diese riesige Menge an Tbc-Impfungen Meldungen eingegangen sein müßten, obwohl es bereits seit 1989 die Weisung gibt, daß eine solche Impfung nur mehr bei erhöhtem Tuberkulose-Ansteckungsrisiko notwendig ist.

All diese Dinge müssen jetzt ganz genau untersucht und damit eine Basis geschaffen werden, daß solche Skandale in Zukunft nicht mehr passieren. Jeder einzelne Zwischenfall liegt in unserer Verantwortung. Wir können jetzt nicht hergehen und sagen: Wir brauchen keinen Untersuchungsausschuß! Wir vertrauen weiter! Wir können nicht so wie gestern — ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Leiner — sagen: Eltern, laßt doch bitte weiterhin impfen!

Ich glaube, es ist mehr als zynisch, in einer derartigen Situation Eltern aufzufordern, weiterhin impfen zu lassen, weiter zu vertrauen, während auf der anderen Seite kleine Kinder mit offener Tbc lange in den Spitälern liegen und Dauerschäden davontragen.

Das einzige, was hier im Parlament passiert, ist eigentlich, daß man hergeht und sagt: Wir ändern das Impfschadengesetz, und wir geben halt 10 000 S, damit sind alle Schäden bei den Kindern abgegolten. Ich glaube, so kann man mit den Dingen nicht umgehen! *(Abg. Schwarzenberger: Haben Sie Ihre Kinder impfen lassen?)*

Natürlich müssen die Eltern unterstützt werden, aber man kann doch nicht alles mit einem Geldbetrag abmachen und die Dinge wie bis jetzt einfach so weiterlaufen lassen.

**Präsident Dr. Lichal**

**Präsident Dr. Lichal:** Frau Abgeordnete! Ihre Redezeit ist erschöpft.

Abgeordnete Christine **Heindl** (*fortsetzend*): Sie sollten diesem Untersuchungsausschuß zustimmen, damit wir endlich dorthinkommen, wo wir schon lange hinwollten: zu tatsächlichen Patientenrechten, zu Rechten in unserem Gesundheitswesen. Es darf nicht so sein, daß wir Opfer einer verfehlten Gesundheitspolitik werden und uns dann mit Brosamen in Form eines Schadenersatzes von 10 000 S abfinden müssen. So geht es nicht! — Danke. (*Beifall bei den Grünen.*) 12.51

**Präsident Dr. Lichal:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Leiner. Ich erteile es ihm.

12.51

Abgeordneter Dr. **Leiner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wiederhole noch einmal: 20 000 Kinder sind 1990 immunisiert worden. Davon sind bedauerlicherweise relativ viele zu Schaden gekommen.

Wollen die Grünen untersuchen, welche Fehler den vertreibenden Firmen bei der Aufklärung über die Dosierung des Impfstoffes passiert sind? Die wirklich Schuldigen sind nicht Gegenstand der Untersuchung, meine Damen und Herren! Auf der Packung stand die Dosierung von 0,1 ml, am Beipackzettel von 0,05 ml geschrieben. Normal üblich waren 0,1 ml. Die Anzahl der Keime war auch in der richtigen Dosierung angegeben. Das einzige und wirklich Fatale dabei war, daß die Keime eine wesentlich stärkere Reaktion gesetzt haben, daß sie wesentlich wirksamer, reaktiver, reaktiver sind, daß sie eigentlich eben für viel stärker befallene Gegenden verwendet werden sollten. Diese Impfstoffe wurden auch in Süditalien und Griechenland verwendet, für mitteleuropäische Verhältnisse allerdings ist dieser Impfstoff sicher nicht geeignet! Oder wollen wir die Apotheken zur Verantwortung ziehen? Wir können sie zur Verantwortung ziehen, aber die Apotheken, die einen falschen BCG-Impfstoff herausgegeben haben, der für die Karzinomtherapie verwendet wird, sind nicht Gegenstand der Untersuchung.

Oder wollen wir die Ärzte, die nach ihrem besten Wissen und Gewissen geimpft haben (*Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Das stimmt nicht!*), für schuldig erklären, die abwägen müssen, wo die Risikopatienten sind und wo sie stehen, welche Kinder in den ungünstigsten Verhältnissen wohnen, Kinder, die Kontakt haben mit Tuberkulosekranken, Kinder, deren Eltern aus Staaten mit Tuberkuloseerkrankungen kommen? Es sind nicht alle gegen Tuberkulose geimpft worden. Ich kenne sehr viele Bezirke in Österreich, in denen in den letzten Monaten und Jahren überhaupt nicht geimpft wurde.

Zu dieser Empfehlung des Obersten Sanitätsrates kam es deshalb — und das wiederhole ich noch einmal —, weil man daraufgekommen ist, daß in den letzten fünf Jahren von null bis sechs Jahren kein Tuberkulosefall mehr aufgetreten ist. Aber man muß sich auch fragen: Warum ist Tuberkulose nicht mehr aufgetreten? Die Antwort ist: weil zuvor eben immer wieder geimpft wurde.

Und ich stelle mich einfach absolut dagegen, daß jetzt durch diese Impfhysterie die Impfungen total zurückgedrängt werden. In Österreich besteht ohnedies eine schwache Impfbereitschaft, und wir sollten hier nicht gegen diesen wohl sehr wesentlichen Aspekt der Gesundheitspolitik und des Gesundheitswesens wettern. Ich kann mich mit dem Gedanken der Frau Petrovic anfreunden, den sie hier geäußert hat: daß man vor der Impfung eventuell eine Antikörperbestimmung machen sollte; vielleicht nicht vor jeder, aber vor sehr vielen. Das ist ein sehr guter Vorschlag und Gott sei Dank auch einmal ein Vorschlag aus dieser Ecke, den man aufnehmen könnte.

Ich glaube, das Impfwesen ist verbesserungswürdig. Aber ich warne noch einmal davor, daß man die schwache Impfbereitschaft der österreichischen Bevölkerung noch mehr abschwächt. Aus diesen Gründen sind wir, die Österreichische Volkspartei, gegen diese Aktion der Grünen. — Danke schön. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Bei ihm hat man gemerkt, daß ein Fachmann gesprochen hat!*) 12.56

**Präsident Dr. Lichal:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Pilz. Ich erteile es ihm.

12.56

Abgeordneter Dr. **Pilz** (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein Arzt der Österreichischen Volkspartei hier an das Rednerpult tritt und letzten Endes die grob fahrlässige Gefährdung der Gesundheit von 300 Neugeborenen einfach wegwischt, dann vertritt er doch nur ein Interesse, nämlich daß Tausende Ärzte in Österreich auf Teufel komm raus alles, was sie in die Hände kriegen, an wehrlose Kinder verimpfen können, nur damit sie ein zusätzliches Monatsgehalt rausreißen. Darum geht es doch! (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Schwiimmer: Sie provozieren Zwischenrufe!*) Es gibt neben vielen verantwortungsbewußten Ärzten leider auch verantwortungslose in der Ärzteschaft, die überhaupt nicht nachdenken. Da geht einer dieser Ärzte an das Rednerpult und sagt letzten Endes: Was scheren uns schon die Kinder, wenn wir uns ein zusätzliches Monatsgehalt erimpfen können! — Das ist das erste. (*Abg. Dr. Schwiimmer: Was Pilz sagt, ist nicht ernst gemeint! — Abg. Dr. Leiner: Das ist eine brutale Unterstellung!*) Kümmern Sie sich einmal um die Kinder! Schützen Sie die Kinder vor dem Mini-



**Dr. Pilz**

ster und nicht den Minister vor den Kindern! Das machen Sie einmal! (*Beifall bei den Grünen.*)

Es ist ungeheuerlich, daß sich ein Arzt hier herstellt und gegen die Interessen schutzloser Kinder redet! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Leiner.*) Er sagt: Dieses Parlament darf nicht untersuchen, warum das Ministerium einen gemeingefährlichen Impfstoff zugelassen hat, bei dem falsche Dosierungen passieren mußten. (*Abg. Ing. Helbich: Wer schützt das Parlament vor Ihnen?*) Das wollen Sie nicht untersuchen lassen! Sie wollen nicht untersuchen lassen, warum das Ministerium nichts dagegen getan hat, als längst bekannt war, daß die Menge absurd hoch war.

Nur 10 Prozent der Kinder sind Risikofälle. Ihnen ist offensichtlich Wurscht, ob 90 Prozent nicht gefährdeter Kinder auf Teufel komm raus geimpft werden und daß das Ministerium das grob fahrlässig zugelassen hat. Ihnen ist das offensichtlich Wurscht, und Sie wollen nicht untersuchen, daß nicht einmal versucht worden ist, nach den Betroffenen zu suchen. Man hat sich halt im Ministerium gesagt: Wenn die Kinder krank werden, wenn die Lymphknoten einschmelzen, dann werden sich die Eltern schon irgendwann melden. Sagen Sie einmal, Herr Kurarzt von der ÖVP, wie können Sie das alles als Arzt überhaupt verantworten? Warum stellen Sie sich für ein Monatsgehalt von Impfpärzten hier her und verraten die Interessen wehrloser neugeborener Kinder? (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: So eine Demagogie!*) Das müssen Sie hier wirklich einmal erklären!

300 schwere Schädigungen sind bekanntgeworden, etliche davon Dauerschädigungen. Und ich sage Ihnen eines: Diese 300 Schädigungen neugeborener Kinder hat nach unserem jetzigen Wissensstand der Gesundheitsminister mit seiner vollen politischen Verantwortlichkeit auf dem Gewissen. Gesundheitsminister Ettl ist dafür verantwortlich, daß 300 neugeborene Kinder in Österreich schwerst geschädigt worden sind. (*Abg. Grabner: Er hat ein Gewissen, Sie nicht!*) Und das, Herr Kollege Stocker, wollen Sie nicht untersuchen lassen!

Wissen Sie, das Gesundheitsrisiko Ettl ist nicht nur ein Fall für den Staatsanwalt (*Beifall bei den Grünen*), es ist auch eine politische Frage, ob wir grob fahrlässige Minister wie Gesundheitsminister Ettl weiterhin auf die Neugeborenen Österreichs loslassen. Das ist die zentrale politische Frage: Soll dieser Nationalrat das Gesundheitsrisiko Ettl weiter akzeptieren — ja oder nein? Das ist der Punkt.

Ich sage Ihnen eines: Frau Umweltminister Flemming hat ihren Hut nehmen müssen, weil sie vergessen hat, einem Ausschuß des Parlaments über eine Firmenbeteiligung Meldung zu erstat-

ten. Der Gesundheitsminister ist politisch und menschlich dafür verantwortlich, daß 300 Neugeborene in Österreich gesundheitlich schwer geschädigt worden sind. Wenn Frau Flemming gehen mußte, dann muß Ettl schon lange gehen.

Und Sie wissen ganz genau: Das Ergebnis eines Untersuchungsausschusses könnte durchaus sein, daß Minister Ettl gehen muß. Deswegen sind Sie dagegen. Die Kinder sind Ihnen Wurscht, Hauptsache, der sozialistische Minister bleibt. Und das ist der Skandal im Impfskandal. (*Beifall bei den Grünen.*) 13.01

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Haupt. Ich erteile es ihm.

13.01

Abgeordneter Mag. Haupt (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es erscheint mir wichtig, in der jetzigen Diskussion doch noch die Position der Freiheitlichen Partei ganz kurz und klar zu erläutern.

Unsere Einstellung zum Impfschadengesetz und unser Mitgefühl mit den Betroffenen, sowohl mit den betroffenen Eltern und Kindern als auch mit den Ärzten, denen aufgrund unseres mangelhaften Systems diese Fehler unterlaufen sind, hat Frau Abgeordnete Haller schon gestern deutlich und auch eindrucksvoll hier zum Ausdruck gebracht.

Ich möchte nun die Ausführungen des Herrn Kollegen Stocker etwas zurechtrücken. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß sollte nach meinem Dafürhalten keineswegs ein mediales Tribunal sein, um die Impfgesinnung in der österreichischen Bevölkerung niederzuhalten, sondern er sollte für alle Parteien in diesem Parlament die Chance sein, in den bestehenden Gesetzen in einem umfassenden Hearing mit allen Betroffenen und mit allen im System Involvierten legislativ die eine oder andere Lücke zu schließen.

Für mich ist es etwa eine Lücke im System, wenn der Gesundheitsminister auch aufgrund von Werbeaktivitäten etwa nicht die Packungsform und -anfertigung in entsprechender Art, sondern nur den darin enthaltenen Beipackzettel verordnen kann. (*Beifall bei der FPÖ und den Grünen.*)

Ich weiß schon, daß es in der Wirtschaft heute hinsichtlich der Bewerbungen und dieser Milliardensummen, die es in der Pharmabranche zu verteilen gibt, unpopulär ist, ein Logo oder gar das Firmentogramm etwas weniger wichtig einzusetzen als die Medikamentensicherheit für den Konsumenten, der nach zwei oder drei Monaten, wenn er schon lange vergessen hat, wofür er dieses Medikament eigentlich bekommen hat, unter Umständen daheim in die Schublade greift und

**Mag. Haupt**

eben dieses Medikament, weil es ähnlich verpackt ist wie jenes Präparat, das er zuletzt eingenommen hat, verwendet, obwohl es eigentlich für die Großmutter und für eine andere Indikation verordnet war.

Ich glaube daher, daß bei einem Untersuchungsausschuß diese Dinge ordnungsgemäß zu diskutieren und jene gesetzlichen Lücken zu schließen wären.

Noch eines möchte ich für meine Fraktion feststellen: Die Meldeverpflichtungen, denen nicht nachgekommen worden ist, sind für mich auch nachforschenswert. Ich persönlich komme aus dem tierärztlichen Berufsstand, und bei uns ist es tatsächlich so, daß, wenn ein Hund gegen Tollwut geimpft wird, im Impfpaß Impfstoffe, Chargennummer und Unterschrift eingetragen sind! Für die Meldung an die Bezirksverwaltungsbehörde sind diese Formalitäten auch nachweisbar! Mit welchem Impfstoff welches Tier und wann geimpft wurde, ist dem Tierbesitzer nachvollziehbar! Die Impfsicherheit, die unsere Hundebesitzer haben, sollten unsere Kinder auch haben. Daher sind wir für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. *(Beifall bei der FPÖ und den Grünen.) 13.04*

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Marijana Grandits. Ich erteile es ihr. *(Zwischenruf des Abg. Heinzinger.)*

13.04

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits (Grüne): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will das lieber überhört haben. *(Abg. Heinzinger: War eh nicht gut!)* Eben, daher können Sie sich Ihre Zwischenbemerkungen ersparen.

Ich habe hier die Mitteilungen der österreichischen Sanitätsverwaltung aus dem Jahr 1973. Und darin wird schon festgestellt, daß keinesfalls bewiesen ist, daß Mortalitätsstatistiken einen epidemiologischen Effekt durch Impfungen nachweisen. *(Abg. Kraft: Diese Fremdwörter!)* Ja, ja, solche Versprecher passieren Ihnen wahrscheinlich nie, aber das macht nichts. Es gibt Menschen, die sind vor jedem Unheil gefeit, leider Gottes kleine Kinder und wehrlose Säuglinge überhaupt nicht. *(Beifall bei den Grünen.)* Sie sind halt nicht so perfekt wie Sie.

Genau darum geht es, meine Damen und Herren! Sie wehren sich gegen einen Untersuchungsausschuß, der die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft in Zukunft vor solchen Vorfällen, wie sie in den letzten Monaten aufgetreten sind, schützen sollte. Wir wissen doch ganz genau, daß unsere Gesundheitsversorgung dazu neigt, die Interessen der Pharmaindustrie und der gutverdie-

nenden Ärzte und Pharmavertreter zu protegieren, und nicht in erster Linie den Schutz der Kinder und der Patienten im Sinne hat.

Das ist doch die Tatsache! Wieso wehren Sie sich dagegen, Maßnahmen zu setzen? Ich glaube, es ist doch oberste Pflicht dieses Hohen Hauses, Gesetze, Möglichkeiten und Maßnahmen zu schaffen, um wehrlose Opfer vor solchen Übergriffen, vor solchen Ausgeburten und Auswüchsen von wirklich gutgemeinten Aktionen zu schützen. Aber Ihnen sind anscheinend die Interessen der österreichischen Ärzteschaft und der Pharmaindustrie wichtiger als die Gesundheit der Säuglinge und Kleinkinder in Österreich. Das ist doch die Tatsache. *(Abg. Kraft: Nein!)*

Diese Diskussion wird von der Sanitätsverwaltung und vom Sanitätsrat schon seit Jahren geführt, und nach zehn- oder fünfzehnjähriger Diskussion ist man endlich zu der Überzeugung gekommen, daß es diese Probleme gibt mit der Impfung gegen Tuberkulose, daß Massenimpfungen nicht dazu beitragen können, daß die Erkrankungen wirklich geringer werden, sondern daß viele andere Faktoren eine Rolle spielen. Aber was wird in Österreich gemacht? — Wahllos weitergeimpft, ohne den Eltern die nötigen Informationen zu geben, ohne zu versuchen, selektiv vorzugehen und zu sagen, welche Faktoren dazu beitragen, daß diese Krankheit im erhöhten Maße vorkommt! Tausende Impfungen wurden vor allem auch in Wien einfach durchgeführt.

Das ist auch die Frage, die wir in einem Untersuchungsausschuß grundsätzlich behandeln wollen. Aber Sie sehen anscheinend schon Felle davonschwimmen, wenn es um die Ärzteschaft geht, wie wir so schön gehört haben, und Sie weigern sich auch, Maßnahmen zu treffen, die den Betroffenen zugute kommen können. Und das, glauben wir, wird die Bevölkerung nicht verstehen.

Versuchen Sie, mit den betroffenen Eltern zu sprechen, mit den Eltern, die in den letzten Monaten in dieser Situation alleine gelassen wurden, die nicht einmal gewußt haben, an wen sie sich wenden sollen und wie sie mit dieser Krankheit umgehen sollen. — Auch in dieser Situation wurde ihnen die Information über Folgewirkungen, über Maßnahmen, die man bei schon erkrankten Kindern anwenden soll, verwehrt.

Das sind doch Dinge, die hier zur Sprache kommen sollen. Vielleicht sollten wir gemeinsam Strategien entwickeln, wie man in Zukunft solche Dinge verhindern kann. Wenn das nicht die Aufgabe dieses Parlaments ist, dann frage ich mich sehr wohl, was sollte es sonst sein. *(Abg. Dr. Pilz: ... einmal gegen Dummheit impfen!)* Die Impfungen, die hier notwendig wären gegen gewisse Mißstände oder gegen gewisse Symptome, sind natürlich anderer Art. Das glaube ich auch.

---

**Mag. Marijana Grandits**

Vielleicht sollten wir hier Impfausschüsse einsetzen. *(Beifall bei den Grünen.)* 13.09

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, dies durch ein Zeichen zu bekunden. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Montag, den 4. März 1991, 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

In dieser Sitzung findet keine Fragestunde statt.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 13 Uhr 10 Minuten**